UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Welchen Frieden sucht die Weltgesellschaft?

Christoph Weller

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Weller, Christoph. 2007. "Welchen Frieden sucht die Weltgesellschaft?" *Zeitschrift für Genozidforschung* 8 (1): 36–47. https://doi.org/10.5771/1438-8332-2007-1-36.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Zeitschrift für

Genozid forschung

Strukturen, Folgen, Gegenwart kollektiver Gewalt

8. Jahrgang 2007, Heft 1
Wilhelm Fink Verlag · Ferdinand Schöningh

Zeitschrift für Genozidforschung

Strukturen, Folgen, Gegenwart kollektiver Gewalt

Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum

Herausgeber
Prof. Dr. Mihran Dabag, Kristin Platt
in Verbindung mit dem Kuratorium des Instituts:
Prof. Dr. Wilhelm Bleek, Prof. Dr. Lucian Hölscher, Prof. Dr. Käte Meyer-Drawe, Prof. Dr. Otto Luchterhandt, Dr. Hans-Henning Pistor, Prof. Dr. Bernhard Waldenfels

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dr. Aleida Assmann, Konstanz
Prof. Dr. Jan Assmann, Heidelberg
Prof. Dr. Zygmunt Bauman, Leeds
Prof. Dr. Krikor Beledian, Paris
Prof. Dr. Donald Bloxham, Edinburgh
Prof. Dr. Micha Brumlik, Frankfurt
Prof. Dr. Erhard Forndran, Magdeburg
Prof. Dr. Norbert Frei, Jena
Dr. h.c. Ralph Giordano, Köln
Prof. Dr. Detlef Hoffmann, Oldenburg
Prof. Dr. Dr. Knut Ipsen, Bochum
Dr. Norbert Kampe, Berlin
Prof. Dr. Uwe-K. Ketelsen, Bochum
Prof. Dr. Ben Kiernan, Yale/New Haven
Prof. Dr. Peter Longerich, London
Prof. Dr. Otto Luchterhandt, Hamburg
Prof. Dr. Dan Michman, Jerusalem
Prof. Dr. Jörn Rüsen, Essen
Prof. Dr. Dieter Senghaas, Bremen
Prof. Dr. Ervin Staub, Amherst
Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Münster

Redaktion
Kristin Platt (verantwortl.), Medardus Brehl
Assistenz: Birgit Doleschal, Melanie Flür

Institut für Diaspora- und Genozidforschung
an der Ruhr-Universität Bochum
D-44780 Bochum, Tel.: 0234/ 32 29702
Fax: 32 14770, idg@ruhr-uni-bochum.de

ISSN 1438-8332

Die Zeitschrift wird gefördert von der Alfred Freiherr von Oppenheim-Stiftung zur Förderung der Wissenschaften

Erscheinungsweise
Die Zeitschrift für Genozidforschung erscheint halbjährlich mit einem Jahresumfang von circa 300 Seiten.
Der Jahresbezugspreis beträgt 34,90 Euro, für Studierende 27,90 Euro. Das Einzelheft kostet 21,00 Euro, incl. MWSt, zzgl. Versandkosten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Bestellungen bitte an den Buchhandel oder direkt an den Verlag.

Die Einzelbeiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe, der Weiterverarbeitung in Mikrofilm oder elektronischen Datenverarbeitungsanlagen sowie der Übersetzung vorbehalten.

Einsendung von Manuskripten
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (in zweifacher Ausfertigung und Diskette) ein. Über die Veröffentlichung entscheidet ein peer-review Verfahren. Unaufgefordert eingesandte Bücher und Manuskripte können leider nicht zurückgesandt werden.

Gestaltung
Entwurf: Wilfried Gandras, Hamburg

Gestaltung: Frank Wiederhold, Bochum

Grafik des Einbands: Assadour,
Après-midi, 1976
Radierung, 50 x 65 cm

Gesamtherstellung: Ferdinand Schöningh

Wilhelm Fink Verlag / Ferdinand Schöningh

Welchen Frieden sucht die Weltgesellschaft?

Christoph Weller

»Weltfrieden als Vision und politische Strategie« lautet der sehr anspruchsvolle Obertitel dieses Bandes. Es sollen also nicht nur anzustrebende Ziele im Hinblick auf Frieden formuliert, sondern auch gangbare Wege dorthin aufgezeigt werden. Und es geht ganz offensichtlich nicht um »ein bißchen Frieden« oder eine Zone des Friedens hier und da. Nein, die Organisatoren der Tagung wollten sich mit nicht weniger »zu-frieden« geben als dem »*Welt*frieden«. Im Zeitalter der Globalisierung ist dies nur konsequent, denn staatliche Grenzen sind immer durchlässiger geworden, nicht nur für Waren, Informationen und Menschen, sondern auch für Regeln und Formen des Konfliktaustrags – und damit auch für Gewalt. Ob – und wenn ja, wie – sich möglicherweise auch der Frieden globalisieren ließe, wenn die Grenzen schon so durchlässig geworden sind, das muß sich erst noch zeigen.

Des *Welt*friedens derzeitige Abwesenheit wird wohl auch bei einer bescheidenen Indikatorenbildung kaum strittig sein. Aber wie der Weltfrieden als Vision aussehen sollte oder gar könnte, und auf welchem Wege sich dorthin gelangen ließe, ist zweifellos höchst umstritten, nicht nur zwischen den in der Friedens- und Konfliktforschung zusammenwirkenden Disziplinen, sondern auch innerhalb disziplinärer oder gar teildisziplinärer Diskurse. Eine *Vision* des Weltfriedens ist uns implizit fast ständig präsent, dient sie doch häufig als Folie für unsere Forschungs- und Erkenntnisinteressen oder den PolitikerInnen als Legitimation für ihre Außen- und internationale Politik. Doch das bedeutet nicht, daß wir alle auf demselben Weg wären – mitnichten.

Zum Weltfrieden – oder zumindest in seine Richtung – werden unterschiedliche politische Strategien verfolgt. Hier will ich nicht in die aktuellen politischen Debatten über Folter, Terroristenverfolgung und militärische »Friedensstrategien« einsteigen, sondern kurz wichtige friedensstrategische Denktraditionen in Erinnerung rufen, ehe ich auf die Grenzen und den Wandel unseres Wissens über den Weltfrieden eingehe. Weil der Weltfrieden heute nur noch als Frieden der Weltgesellschaft projektiert werden kann, entscheidet sich seine Realisierung – oder sein Näherrücken – vor allem am Umgang mit transnationalen Konflikten und dem Einsatz von Gewalt in diesen Auseinandersetzungen. Dies möchte ich im zweiten Teil verdeutlichen, um dann eine weltgesellschaftliche Perspektive für den Frieden im 21. Jahrhundert herauszuarbeiten. Doch beginnen möchte ich mit den unsere Vorstellungen prägenden friedensstrategischen Denktraditionen.

Einige Traditionen des Friedensdenkens setzen in starkem Maße auf die pazifizierende Wirkung des Völkerrechts, betonen seine ständige Fortentwicklung, die Verrechtlichung der internationalen Politik und etwa einen Qualitätssprung durch die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs. Andere erhoffen sich von internationalen Organisationen entscheidende Beiträge zum Weltfrieden, wurden darin aber jüngst enttäuscht, als die beabsichtigte Reform der Vereinten Nationen scheiterte. Wieder andere verweisen auf den Frieden zwischen Demokratien, der sich auch als Weltfrieden denken ließe, aber bis dahin wohl noch einen langen, steinigen Weg vor sich haben dürfte. Gerade dieser interdemokratische Frieden dient zunehmend auch als Rechtfertigung militärischer Demokratisierungsstrategien – und widerlegt damit seine Visionstauglichkeit für den Weltfrieden. Und nicht zu vergessen: Die erhoffte friedensfördernde Wirkung von grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen und Freihandel, die sich vielfach hinter den ambivalenten Folgen der Globalisierung zu verstecken scheint und sich im Zeitalter der Globalisierung nur noch selten als Friedensstrategie zu erkennen gibt. Ähnlich denkt man auch beim Stichwort »Global Governance«, einer Kombination mehrerer der schon genannten Friedensstrategien, nicht zuallererst an den Weltfrieden. Mit Global Governance sollen globale Probleme auch global, und das heißt gemeinsam zwischen Staaten, internationalen Organisationen und transnationalen Nichtregierungs-Organisationen, bearbeitet werden, und der Weltfrieden ist ohne Zweifel ein solches globales Problem – welches sich aber offensichtlich nicht ganz so leicht global »vergovernancen« läßt.

Die erwähnten Friedensstrategien sind nicht gerade neu, teilweise können sie eine über 200jährige Tradition friedenspolitischen Denkens vorweisen. Aber eine richtige Erfolgsgeschichte scheint nicht dabei zu sein. Auch die Wissenschaft von der internationalen Politik ist sich höchst uneinig darüber, was die beste Erklärung für das bißchen mehr Weltfrieden sein könnte, welches im Laufe der letzten 200 Jahre erreicht wurde. Damit fehlt ihr natürlich auch die Einigkeit darüber, welche Strategie sie den Außenministerien anempfehlen sollte, wenn diese am Weltfrieden mitarbeiten wollen. Die Wissen-

schaft ist zum Teil so selbstverliebt in ihren manches Mal olympiareifen Wettkampf von mehr oder weniger erklärungskräftigen Theorien, daß sie hier und da zu vergessen scheint, wem sie ihre Gründung, ihre Institutionalisierung zu verdanken hat: Dem Krieg. Der Erste Weltkrieg gilt gemeinhin als die Geburtsstunde der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen, und das Verständnis der Ursachen des Krieges und der Bedingungen des Friedens sollte fortan durch wissenschaftliche Bemühungen verbessert und vergrößert werden. Daß sich unser Wissen vergrößert hat, beweisen unsere Bibliotheken. Aber hat es sich damit auch verbessert? Ich habe zwar keinen Grund, daran zu zweifeln, will aber doch gleich einige Grenzen dieses Wissens thematisieren.

Begrenzt wird unser Wissen über den Weltfrieden und die ihm zuarbeitenden politischen Strategien sowohl durch die sehr bescheidene – um nicht zu sagen mangelhafte – materielle Ausstattung einer systematischen Erforschung von Frieden und Gewalt, aber meines Erachtens auch durch die Begriffe, Konzepte und Traditionen des Nachdenkens und Forschens über den Weltfrieden. Darum finde ich den Titel dieser Tagung so gelungen, der zunächst den Weltfrieden als *Vision* thematisiert und dann erst nach politischen Strategien fragt. Denn könnte es sein, daß das Ziel der eben erwähnten verschiedenen Friedensstrategien zwar mit demselben Wort bezeichnet, aber mit unterschiedlichen Visionen verknüpft wird? Daß sie alle einen weiteren Weltkrieg oder auch den zwischenstaatlichen Konfliktaustrag mit Massenvernichtungswaffen verhindern wollen, könnte als Minimalkonsens gelten. Aber das ist ja nicht *der* Weltfrieden, dessen Vision so viele politische und wissenschaftliche Anstrengungen motiviert und angeleitet hat. So wäre etwa zu bezweifeln, daß sich die genannten Friedensstrategien darin einig sind, welche Formen der Gewalt mit dem Weltfrieden noch vereinbar sein könnten und welche es mit Sicherheit nicht mehr sind.

Wie stellen wir uns denn heute die Welt vor, deren Zustand – oder deren Interaktionsprozesse – berechtigterweise als »Weltfrieden« bezeichnet werden dürften? In den 1970er und 80er Jahren wurde sehr engagiert, sowohl wissenschaftlich wie politisch, um den Frieden und seine Definitionen gestritten. Johan Galtung hatte für die Friedensforschung vorgeschlagen, »Frieden« als die Abwesenheit jeglicher Gewalt zu definieren. Das war zunächst nicht überraschend, doch die Pointe lag darin, das Gewaltverständnis weit über das Alltagsverständnis von einer physisch-verletzenden Zwangseinwirkung auf andere Menschen hinaus auszudehnen und auch zu überdehnen. Mit dem Begriff der »strukturellen Gewalt« wurde von Galtung all das belegt, was Menschen so beeinflußt, daß ihre Selbstverwirklichung begrenzt wird, was also die Entfaltungschancen von Menschen beeinträchtigen könnte. Nur wenn diese strukturelle Gewalt beseitigt sei, wäre ein sogenannter »positiver Frieden« erreicht. Gäbe es also auf der ganzen Welt weder physische noch strukturelle Gewalt, der Weltfriede wäre – um es bescheiden zu sagen – wie der Himmel auf Erden.

Doch ist das unsere heutige Vision von »Weltfrieden«? Oder sind wir mit den Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre bescheidener geworden? Anfang der 1980er Jahre wurde die Atomkriegsdrohung teilweise so massiv erlebt, daß mancherorts schon eine Beendigung des Ost-West-Konflikts als angestrebter Frieden gegolten hätte. Anfang der 1990er Jahre war es für die EuropäerInnen vor allem die geographische Nähe der kriegerischen Gewalt im ehemaligen Jugoslawien, die den nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schon nahe geglaubten Weltfrieden wieder in die Ferne rücken ließ. Und was sind heute die Einschränkungen, Verletzungen, Handlungsweisen und Strukturen, die unseren augenblicklichen Einsichten nach dem Weltfrieden und seiner Verwirklichung entgegenstehen? Was genau hält uns davon ab, den heutigen Zustand der Welt als »Weltfrieden« zu bezeichnen?

Bald wöchentlich ändern sich die Schauplätze auf der Welt, von denen in den westlichen Massenmedien von gewaltsam ausgetragenen politischen Konflikten berichtet wird. Und dies sind nur jene Konflikte, die in die massenmediale Logik unserer Nachrichtenkanäle passen, aber keineswegs repräsentieren sie eine Gesamtschau weltweiten kollektiven Gewaltvorkommens. Auf der *Watch-List* der *International Crisis Group* stehen kontinuierlich etwa 50 Länder oder Regionen, weil dort politische Konflikte regelmäßig gewaltsam ausgetragen werden. Diese Gewalt gehört mit Sicherheit zu jenen Faktoren, die dem Weltfrieden entgegenstehen. Und die überfüllten Waffenarsenale mit Tausenden von Massenvernichtungswaffen, die in der Lage sind, die gesamte Welt x-fach zu zerstören, gehören irgendwie auch dazu, obwohl sich unsere Aufmerksamkeit von ihnen abgewendet hat, sie uns nur noch als bedrohlich erscheinen, wenn neue Besitzer sie in ihre Hände bekommen sollten. Und weltwirtschaftliche Strukturen, die hier Überfluß und dort Armut perpetuieren und den Abstand zwischen Reichen und Armen eher größer als kleiner werden lassen – in welchem Verhältnis steht diese Beobachtung zum Weltfrieden, zur Vision des Weltfriedens im Jahr 2007?

Hätten wir hier und heute die Aufgabe, am Ende des Tages zu einer konsensualen Definition des Weltfriedens, zumindest der anzustrebenden Vision, zu gelangen, wir hätten erhebliche Konflikte miteinander und würden am Ende den Konsens doch nicht erreichen. Um wie viel mehr gilt dies für die globale Ebene! Visionen des Weltfriedens sind abhängig von den Umständen des Denkens, von der Zeit und den sie prägenden Ereignissen sowie von den sozialen Umständen, in denen sie gedacht, hervorgebracht und kommuniziert werden. Weltfrieden – wollte man es zugespitzt formulieren – ist also das, was jeweils augenblicklich fehlt im Hinblick auf ein gedeihliches gesellschaftliches Zusammenleben auf der Welt, oder – präziser formuliert – was der Weltgesellschaft jeweils als fehlend erscheint.

Abrüstung, wirksame Armutsbekämpfung in der sogenannten Dritten Welt, Entspannung zwischen verfeindeten Staaten und Völkern, zivile Konfliktbearbeitung in Krisen-

situationen sowie Kooperation auf globaler Ebene zur Bearbeitung von Weltproblemen fehlen schon lange und werden wohl auch in den nächsten Jahren noch fehlen. Aber unsere Aufmerksamkeit, den Weltfrieden betreffend, wurde in den vergangenen Jahren auf andere Dinge gelenkt: Transnationaler Terrorismus, Staatszerfall, »Neue Kriege«, ethnopolitische Konflikte und die Gefahren der Weiterverbreitung von Atomwaffen standen und stehen offenbar vor allem dem Weltfrieden entgegen. Dabei handelt es sich zweifellos um ernsthafte Bedrohungen des Weltfriedens. Es fehlt die Sicherheit – oder auch Unbekümmertheit –, daß mein Leben oder meine Gesundheit nicht durch Terroristen aus anderen Ländern gefährdet werden. Es fehlt, daß alle Territorien dieser Welt durch eine legale Staatsmacht kontrolliert und durch sie eine gesellschaftliche Ordnung ziviler Konfliktbearbeitung gewährleistet wird. Es fehlt in zahlreichen Regionen der Welt das gewaltlose Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen in *einem* Staat. Es fehlt die Anerkennung ungleicher Machtverteilung, was den Besitz von Atomwaffen anbelangt, und die wirksame Kontrolle der Weiterverbreitung von atomwaffenfähigem Material. Hätten wir das alles, wäre der Weltfrieden wohl noch nicht komplett, aber wir wären ihm – entsprechend aktueller Bedrohungswahrnehmungen – einige Schritte näher gekommen.

Und um nochmals die historische Dimension unserer Visionen vom Weltfrieden in Erinnerung zu rufen: Hätten wir vor zehn oder zwanzig Jahren die dringendsten Schritte in Richtung Weltfrieden definiert, es wären zweifellos andere gewesen. Die Wege zum Frieden verändern sich offenbar. Liegt dies nur daran, daß sich *die Welt* fortentwickelt und von einem immer wieder neuen Ort aus zum Weltfrieden aufbrechen will? Oder verändern sich mit diesen Entwicklungen auch die Visionen des Weltfriedens? Verlangen die immer wieder neuen Konflikte, Bedrohungen und Gewaltformen auch immer wieder nach einer neuen regulativen Idee beziehungsweise Vision des Weltfriedens? Oder ist die Vision des Weltfriedens Teil der Menschheitsgeschichte und aus deren Diskursen über Gewalt beziehungsweise über das, was den Gesellschaften als fehlend erscheint, zu rekonstruieren, also ein transhistorisches Projekt?

Meine These zu dieser Frage wird Sie jetzt wohl kaum überraschen: Die Tradition des Friedens-Denkens verweist uns – gerade beim Begriff *Welt*frieden – auf den Frieden zwischen Staaten, auf das Ende zwischenstaatlicher Gewalt. Dies unterschied für lange Zeit den Weltfrieden vom gesellschaftlichen oder innerstaatlichen Frieden. Im Zeitalter der Globalisierung aber, der sich ständig ausweitenden grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Interaktionen, verliert diese Unterscheidung ihre Bedeutung, insbesondere bei der Frage nach der Vision des Weltfriedens. Und dieser jüngste Bedeutungswandel des »Weltfriedens« ist nur ein Beispiel für den ständigen Wandel gesellschaftlicher Ziele und Selbstbilder. *Die Welt und auch die Welthilder verändern sich und damit zwangsläufig auch die (welt-)gesellschaftlichen Friedensvisionen.*

Der Weltfrieden im Zeitalter der Globalisierung gilt nicht mehr primär als Aufgabenstellung für die knapp 200 Staaten auf dieser Welt, sondern als eine *gesellschaftliche* Herausforderung, als Aufgabe der Weltgesellschaft beziehungsweise in der Weltgesellschaft. Und damit will ich jetzt weder einen intentionalen und einheitlich handelnden Akteur reifizieren noch eine globale soziale Integration oder gar Vergemeinschaftung behaupten. Ich verstehe »Weltgesellschaft« an dieser Stelle vielmehr als deskriptive Beschreibung dafür, daß unsere gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge heute in vielen Fällen nicht mehr durch staatliche Grenzen begrenzt werden. Kommunikation, Geldverkehr, Produktionskreisläufe, ökologische Gefährdungen und der Warenaustausch haben sich aus staatlichen Begrenzungen befreit beziehungsweise entgrenzt. Die Intensität gesellschaftlicher Interaktionen nimmt nicht mehr zwangsläufig an staatlichen Grenzen ab. Unsere Kleidung etwa und unsere Elektrogeräte wurden mehrheitlich in anderen Ländern hergestellt – Folge technologischer Entwicklungen globaler Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Die weltweite Vernetzung von Computern und der verbilligte Flugverkehr haben teilweise erst die Voraussetzungen für eine globalisierte Wirtschaft geschaffen. Zugleich beschleunigt die globalisierte Wirtschaft den grenzüberschreitenden Daten- und Informationsverkehr. Damit haben sich auch die gesellschaftlichen Kommunikations- und Austauschstrukturen entgrenzt und globalisiert. Auslandsreisen, direkte Kontakte mit Menschen, die in anderen Ländern oder Kulturen leben und die Nutzung der globalen Informationsressource Internet ermöglichen individuelle Erfahrungen mit dem Globalisierungsprozeß. Die gesellschaftlichen Interaktionen, in die wir heute eingebunden sind, lassen sich nicht mehr danach unterscheiden, ob sie innerstaatlich oder transnational sind. Wir kommunizieren und bewegen uns in der Weltgesellschaft, sicherlich in unterschiedlicher Intensität, mit regionalen, sozialen, kulturellen oder sprachlichen Schwerpunkten und Lücken. Aber diese transnationalen Interaktionsräume und -prozesse sind die Orte, an denen der Weltfrieden entsteht oder verhindert wird. Aus diesen Beobachtungen leitet sich die Frage ab, die den Titel meines Vortrags bildet: »Welchen Frieden sucht die Weltgesellschaft?«

Mit dieser Frage sollen zunächst die vielfältigen Formen *transnationaler* Konflikte und Gewalt sowie die transnationalen Verflechtungen innerstaatlicher Gewaltvorkommen in den Vordergrund gerückt werden. Es ist heute vor allem diese Gewalt, die dem gedeihlichen weltgesellschaftlichen Zusammenleben entgegensteht. Ausländische Hilfen für Rebellengruppen, Waffenhandel, private Sicherheitsfirmen, organisierte Kriminalität, transnationaler Terrorismus, Gewaltökonomien – alles Phänomene, die von Staaten und Regierungen nur partiell kontrolliert und verhindert werden können. Ihren grenzüberschreitenden Dimensionen nach sind es Phänomene der Weltgesellschaft. Natürlich versuchen die Staaten – teilweise – auch diesen transnationalen Formen der Gewalt

Herr zu werden. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn die Staaten sich in den jeweiligen Zielsetzungen einig und zu koordiniertem Handeln fähig sind. An dieser Aufgabe scheitert die Staatengemeinschaft regelmäßig, Ruanda, Afghanistan, Tschetschenien und Sudan sind einige Beispiele dafür.

Doch dieses Scheitern ist nicht so besonders verwunderlich, wissen wir doch, daß jeweils einzelne Regierungen – und ich sage hier bewußt nicht »Staaten« – mit diesen Formen transnationaler Gewalt eng verbunden sind. Sie profitieren davon, unterstützen Gewaltakteure, beauftragen sie möglicherweise sogar damit oder liefern nicht nur die Hardware dafür, sondern auch die politische Legitimation für die Anwendung von Gewalt.

Denken wir diese Zusammenhänge in Konzepten der globalisierten Staatenwelt, sind wir schnell dabei, der einen Gewalt eine andere Gewalt entgegenzustellen, also transnationaler Gewalt mit militärischen Mitteln entgegenzutreten. Der US-dominierte Feldzug gegen den transnationalen Terrorismus ist das eindrücklichste Beispiel dafür -- und auch für die Wirkungslosigkeit, nein sogar kontraproduktive Wirkung dieser Strategie. Das weltweite Ansehen der USA war wohl selten so einhellig und tiefgreifend beschädigt wie seit einigen Jahren, und der Antiamerikanismus in der arabisch-islamischen Welt kann sich seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak und den menschenverachtenden Folterpraktiken US-amerikanischer Soldaten auf ganzer Linie als bestätigt betrachten.

Die Unterscheidung zwischen innerstaatlichen und internationalen Konflikten verliert in der Weltgesellschaft ihre Bedeutung. Die meisten zwischenstaatlichen Konflikte ergeben sich heute aus den Dynamiken transnationaler Beziehungen, etwa dem Handel mit Technologie für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen, transnationalen Terroranschlägen oder Migrationsströmen. Und viele innerstaatliche Konfliktgegenstände werden heute durch globale Zusammenhänge beeinflußt oder möglicherweise erst hervorgebracht. Wenn Industrieunternehmen ihre Produktion aus Kostengründen ins Ausland verlagern und in der Folge inländische Werksschließungen vornehmen, entsteht ein vornehmlich lokaler Konflikt. Er hat seine Ursache in der globalisierten Weltwirtschaft und dem vereinfachten grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Finanzen. Der Konfliktaustrag geschieht jedoch nach den im jeweiligen Staat geltenden Normen und Regeln, zum Beispiel durch Streiks, juristische Auseinandersetzungen oder Vereinbarungen zwischen Tarifparteien.

Ein anderes Beispiel für die globalen Einflüsse auf innerstaatliche Konflikte sind die politischen Auseinandersetzungen über Außen- und internationale Politik in der Folge von Ereignissen, die sich in anderen Ländern abspielen. Wenn etwa nationale Wahlen anhand der politischen Auseinandersetzung darüber entschieden werden, ob militärische Interventionen zur Demokratisierung anderer Staaten gerechtfertigt sein könnten, wirken jeweils die globalen, weltgesellschaftlichen Ereignisse auf nationale Konfliktkonstellationen ein. In diesem Zusammenhang läßt sich eine stärkere Vergesellschaftung

von Außen- und internationaler Politik beobachten. Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für Fragen der internationalen Politik steigt und damit steigen auch die Einflußversuche von Interessengruppen auf außenpolitische Entscheidungen.

Im Vorfeld von internationalen Gipfeltreffen oder Verhandlungsrunden wie beispielsweise globalen Klimakonferenzen, Treffen der EU-Agrarminister oder WTO-Verhandlungen versuchen Interessengruppen und soziale Bewegungen, ihre jeweilige nationale Regierung auf bestimmte Positionen oder Minimalziele zu verpflichten. Dabei kann es durchaus gegensätzliche Auffassungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure, etwa Umwelt- und Autolobby, geben. Weil sie die Betroffenen der international vereinbarten Regelungen sind, wollen sie auf dem Weg über nationale Regierungen ihren Einfluß geltend machen. Die daraus resultierenden oder sich verschärfenden innerstaatlichen Konflikte sind ein weiteres Beispiel für den Einfluß globaler Zusammenhänge und Regelungen auf das Konfliktgeschehen innerhalb von Gesellschaften und Staaten, welches wiederum auch deutlich davon geprägt wird, wie eine Regierung außenpolitisch in dem jeweiligen Politikfeld agiert.

Die wachsende Durchlässigkeit staatlicher Grenzen im Globalisierungsprozeß eröffnet Interessengruppen und sozialen Bewegungen auch die Möglichkeit, selbst grenzüberschreitend tätig zu werden und sich transnational zu organisieren. Insbesondere zur Lösung von Problemfeldern der Globalisierung haben sich transnationale Organisationen und Netzwerke gebildet, die unmittelbar auf internationale Verhandlungsprozesse und Institutionen, etwa auf die Europäische Union, einwirken wollen. Internationalen Nichtregierungs-Organisationen (INGOs – International Non-Governmental Organizations) wird auch im Rahmen der Vereinten Nationen ein zunehmend wichtiger Status eingeräumt. Dies zeigte sich besonders deutlich bei den verschiedenen Weltkonferenzen der 1990er Jahre.

Die beschriebenen Entwicklungen bedeuten eine Vervielfachung der Akteure in der internationalen Politik. Damit steigt auch die Vielfalt der Interessen, die auf internationaler Ebene in Konflikt miteinander geraten können. Zudem bilden sich transnationale Koalitionen, so daß die Konfliktlinien der internationalen Politik nicht mehr primär entlang zwischenstaatlicher Grenzen verlaufen, sondern quer dazu liegen. Transnationale Konfliktparteien und -koalitionen können sich bilden, etwa unter Einschluß von INGOs oder gesellschaftlicher Oppositionsgruppen aus dem einen und Regierungsgruppen aus anderen Staaten, wie dies beispielsweise im Konflikt um den Krieg gegen den Irak Saddam Husseins der Fall war. Aber auch im globalen Klimaschutz, bei der Welthandelsordnung oder beim Schutz der Menschenrechte gibt es solche transnational verlaufenden Konfliktlinien, die für die internationale Politik inzwischen von großer Bedeutung sind.

Die meisten dieser transnationalen Konflikte werden ohne Gewalt ausgetragen. Wenn transnationale Konzerne um globale Marktanteile konkurrieren, Globalisierungsgegner ihren Protest international koordinieren, Amnesty International einzelne Staaten für ihre mangelhafte Menschenrechtspolitik kritisiert oder MigrantInnen und Diasporagruppen die politische Opposition in ihrem Herkunftsland unterstützen, orientieren sie sich an Regeln ziviler Konfliktbearbeitung. Sie nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel – finanzielle Anreize oder Abhängigkeiten, die öffentliche Meinung, internationales Renommee, Publizität etc. –, um ihre Interessen durchzusetzen. Gewalt spielt dabei in aller Regel keine Rolle, weil sich die gesellschaftlichen Akteure auch in transnationalen Konflikten an die innerstaatlich wie international geltenden Normen des Konfliktaustrags gebunden fühlen.

Doch zweifellos werden manche transnationalen Konflikte auch mit Gewalt ausgetragen. Hierzu gehören nicht nur der transnationale Terrorismus, sondern vor allem Auseinandersetzungen, die auf dem Territorium zerfallender Staaten geführt werden. Häufig wird in diesem Zusammenhang von »prekärer Staatlichkeit« gesprochen, weil die staatlichen Organe nicht in der Lage sind, das Gewaltmonopol des Staates aufrechtzuerhalten sowie die Einhaltung der Regeln eines gewaltfreien Konfliktaustrags zu gewährleisten und gegebenenfalls auch durchzusetzen. In diesen gewaltoffenen Räumen herrschen Warlords, lokale Milizen, Guerillagruppen, Drogenbarone oder Terrororganisationen mittels Anwendung und Drohung von Gewalt. Für die Aufrechterhaltung ihrer Macht sind sie auf vielfältige grenzüberschreitende Beziehungen angewiesen. Hierzu gehören Waffen- und Munitionshandel, der Verkauf von Rohstoffen und Erzeugnissen, die auf dem kontrollierten Gebiet angebaut beziehungsweise ausgebeutet werden, sowie häufig politische Beziehungen in Nachbarstaaten. Ohne die vereinfachten grenzüberschreitenden Interaktionen, auch und gerade in bezug auf illegale Aktivitäten, könnten diese sogenannten Gewaltökonomien nicht aufrechterhalten werden.

Daß transnationale Konflikte in besonderer Weise in der Gefahr stehen, in gewaltsame Austragungsformen zu eskalieren, hat vornehmlich drei Gründe. Zum ersten sind in vielen Fällen Machtressourcen und Konfliktfähigkeit zwischen den Konfliktparteien sehr ungleich verteilt. Während viele Konfliktparteien innerhalb demokratischer Staaten als untereinander ungefähr ebenbürtig gelten können (Tarifparteien, organisierte Interessen etc.), trifft dies auf transnationale Konflikte zumeist nicht zu. Hier stehen etwa transnationale Konzerne lokalen Umweltgruppen oder Bürgerinitiativen gegenüber. Zum zweiten ist in vielen transnationalen Konflikten eine der Konfliktparteien ein Staat, dem Gewaltmittel und deren legaler Einsatz zur Verfügung stehen. Und zum dritten fehlen für zahlreiche transnationale Konfliktkonstellationen die entsprechenden Institutionen für die geregelte, zivile Konfliktbearbeitung. Was innerhalb von Staaten mittels demokratischer oder rechtsstaatlicher Verfahren, unterstützt durch Maßnahmen des sozialen

Ausgleichs und eine Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung, geregelt werden kann, bleibt auf transnationaler Ebene häufig unreguliert. Zwar liefert das Völkerrecht oder andere zwischenstaatliche Vereinbarungen die entsprechenden Normen für den gewaltlosen Umgang mit transnationalen Konflikten. Doch die nicht-staatlichen Konfliktparteien fühlen sich in zahlreichen Fällen daran nicht gebunden und da das Völkerrecht keine unabhängige Durchsetzungsinstanz kennt, wird auch der nicht-legitimierte staatliche Einsatz von Gewalt in transnationalen Konflikten nur selten sanktioniert. Die gesamte Anti-Terror-Politik seit dem 11.09.2001 ist ein vielfach gewaltsam ausgetragener transnationaler Konflikt mit erheblichem Eskalationspotential (siehe zum Beispiel Afghanistan, Irak).

Zwar lassen sich auch vielfach die Bemühungen staatlicher Regierungen beobachten, mit den ihnen vertrauten Mitteln zwischenstaatlicher Institutionen (bilaterale Zusammenarbeit, internationale Institutionen und Organisationen, Krieg etc.) auch transnationale Konflikte zu bearbeiten. Dies gelingt aber nur bruchstückhaft, weil aufgrund von Interessendifferenzen viele Konfliktgegenstände auf internationaler Ebene nicht verregelt sind, weil vorhandene Regelungen häufig nur regional und nicht global wirksam sind oder weil Staaten und Regierungen der Durchsetzungswille oder die -möglichkeiten fehlen. Zudem entziehen sich transnationale Konfliktgegenstände und Konfliktakteure in vielfacher Weise diesen internationalen Regelungsformen, etwa durch die territoriale Verlagerung von Standorten in Regionen mit geringer Regelungsdichte oder schwachen staatlichen Institutionen.

Der sogenannte »Krieg gegen den Terrorismus« liefert uns noch weiteres Anschauungsmaterial dafür, was der Weltgesellschaft auf dem Weg zum Frieden fehlt: Ganz offensichtlich gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen darüber, wie Krieg politisch zu beurteilen ist. Die Prozesse der Entscheidung über Definitionen und Einschätzungen werden von Regierungen bestimmt, so daß leicht der Eindruck entsteht, das eine Land sei für den Krieg, ein anderes dagegen. Tatsächlich aber verlaufen die Konfliktlinien der politischen Meinungsverschiedenheit quer durch alle Länder, und es ist noch nicht einmal sicher, ob sich die jeweiligen Bevölkerungsmehrheiten auch in den aktuell getroffenen Regierungsentscheidungen widerspiegelt. Globale Fragen, insbesondere wenn sie im Zusammenhang mit gewaltsam ausgetragenen transnationalen Konflikten stehen, sind weltgesellschaftlich umstritten, die Meinungsverschiedenheiten verlaufen nicht entlang von Staatengrenzen. Doch die darin zum Ausdruck kommenden Interessen können sich bisher nur in seltenen Fällen politisch artikulieren.

Solche Konflikte, deren Zahl immer weiter zunehmen wird, haben noch kaum geeignete Austragungsformen gefunden. Die Weltgesellschaft ist noch nicht konfliktfähig – oder anders gesagt: Es herrscht bisher im Zuge der Globalisierung eine starke Dominanz wirtschaftlicher Interessen in der Weltgesellschaft, häufig in Koalition mit Regie-

rungsinteressen. Dieser Allianz stehen auf internationaler Ebene keine ähnlich konfliktfähigen gesellschaftlichen Gruppen (zum Beispiel transnationale Gewerkschaften, soziale Bewegungen, International Non-Governmental Organizations (INGOs), etc.) gegenüber. Die vielfach erfahrene Ohnmachts-Empfindung gegenüber den Auswirkungen und Strukturen der Globalisierung läßt aber ein ständig wachsendes, transnationales Gewaltpotential entstehen. Die Verlierer der Globalisierung sehen ihre Interessen nirgends repräsentiert. Damit bleiben die vorhandenen und für ein gedeihliches weltgesellschaftliches Zusammenleben höchst relevanten Konflikte verdeckt und entziehen sich politischen Austragungsformen ziviler Konfliktbearbeitung.

Die beschriebenen Entwicklungen des Globalisierungsprozesses und der damit verbundenen transnationalen Konflikte sind nicht nur eine Bedrohung für das Zusammenleben in der Weltgesellschaft, sondern auch eine Herausforderung für unser Denken über den Weltfrieden und seine politischen Verwirklichungsstrategien. Hierbei dominiert noch immer viel zu sehr die Dichotomie von innerstaatlichem Frieden auf der einen und internationalem Frieden auf der anderen Seite. Beide gelten als Aufgabe für die Staaten, die ihr Gewaltmonopol so einsetzen sollen, daß staatlich organisierte Gesellschaften im Frieden leben können und in den internationalen Beziehungen die staatliche Souveränität geachtet wird und Konflikte nicht zu Kriegen eskalieren. In der Weltgesellschaft ist jedoch die einzelstaatliche Souveränität eine umstrittene Norm, die etwa im Falle schwerer Menschenrechtsverletzungen nur noch eingeschränkt Geltung besitzt. Auch die oben beschriebenen Globalisierungsprozesse untergraben das Modell staatlicher Souveränität und dabei auch die staatlichen Handlungsmöglichkeiten für die Regelung transnationaler Konflikte.

Heute ist die Weltgesellschaft gefragt, auf die gewaltfreie Bearbeitung transnationaler Konflikte hinzuwirken. Die Normen für den gewaltfreien Austrag transnationaler Konflikte sind vorhanden und sie genießen breite Anerkennung. Häufig fehlen jedoch die Institutionen, die es den Parteien transnationaler Konflikte ermöglichen, oder die die Parteien dazu drängen, ihre Auseinandersetzungen über Formen ziviler Konfliktbearbeitung auszutragen. Hier sind in besonderer Weise gesellschaftliche Gruppen und Organisationen aufgefordert, transnationale Koalitionen zu bilden und die Konfliktbearbeitung nicht an die Staatenwelt zu delegieren. Die Globalisierung darf nicht weiter als Schicksal und die internationale Politik nicht weiter als Aufgabenfeld der Staaten verstanden werden. Transnationale Konflikte sind die größte Herausforderung für den Weltfrieden. Die Weltgesellschaft wird von den transnationalen Konflikten dann profitieren, wenn sie nicht zum gewaltsamen Austrag eskalieren, sondern als Motor für weltgesellschaftliche Entwicklung, Institutionalisierung und Reformen wirken können. Die in diesem Sinne konfliktfähige Weltgesellschaft scheint mir eine wichtige Perspektive für eine Vision des Weltfriedens im 21. Jahrhundert zu sein. Und dies beinhaltet zugleich

eine politische Strategie für den Umgang mit den verschiedenen Vorstellungen von Weltfrieden: So könnte auf diesem Wege auch der weltgesellschaftliche Streit um den Weltfrieden produktiv und damit friedensförderlich fortgeführt werden.

Abstract

Christoph Weller: What peace is the world society seeking? – For a long time, peace was primarily threatened or violated by states. This shapes the widespread understanding of peace as the absence of war. The increased political emancipation of societies (compared to governments), their constantly growing transborder interactions (globalization) and the resulting potential for conflict is posing new challenges for the achievement and preservation of world peace. The world society has bestowed far greater attention upon the exchange of information and goods than it has upon dealing with the accompanying conflicts. This results in the constant danger that recourse can also be taken to violent forms of conflict management. Civil wars, transnational terrorism and zones of fragile statehood are the current catchwords of this development. Are the conflicts of the world society used to a sufficient degree to set in motion (world-) societal transformation processes that also provide institutions for civil conflict resolution in the world society? In this way, a world societal perspective for peace and the necessary peace strategies in the 21st century can be developed.